

# **KREIS HERZOGTUM LAUENBURG** **HIER GEHT NOCH WAS.**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



**PROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL AM 26.05.2013**

## Präambel

### Für einen GRÜNEN Kreis Herzogtum Lauenburg

Liebe WählerInnen,  
nach der Landtagswahl im Mai 2012 hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit SPD und SSW die Regierungsverantwortung in Kiel übernommen. Der Landeshaushalt 2013 trägt erstmals eine grüne Handschrift und hat Weichenstellungen von CDU / FDP mit negativen Auswirkungen für die Gesellschaft korrigiert.

Bei der am 26. Mai stattfindenden Kreistagswahl wird darüber abgestimmt, ob die Politik der sozialen Kälte bei uns fortgesetzt werden soll oder ob auch auf Kreisebene ein frischer Wind einzieht. Dabei sind wir GRÜNEN uns bewusst, dass die finanziellen Spielräume für den Kreis begrenzt sind. Dennoch wollen wir andere Wege gehen als nur Zuschüsse für gemeinnützige Einrichtungen wegzukürzen, zumal Kürzungen bei präventiven Maßnahmen im sozialen Bereich nur dazu führen, dass die Folgekosten umso höher sind. Die Kreisverwaltung muss außerdem in die Lage versetzt werden, ihre gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben wahrzunehmen, insbesondere in den Bereichen Natur- und VerbraucherInnenenschutz.

Für einen soliden Haushalt müssen aus GRÜNER Sicht die Themen Generationengerechtigkeit, Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen, Nachhaltigkeit und regionale Wertschöpfung angemessen berücksichtigt werden.

Die letzten Jahre haben bundesweit zu gravierenden Veränderungen im Bewusstsein der Bevölkerung geführt, die auch direkt in unserem Kreis zu spüren sind. Das Atomkraftwerk in Krümmel ist für immer abgeschaltet, die Energiewende wird quer durch alle politischen Lager unterstützt und schreitet auch in unseren Städten und Gemeinden voran. GRÜNE Inhalte haben eine wachsende Akzeptanz in der Bevölkerung. Das zeigt, dass wir mit unserer Programmatik in der Vergangenheit richtig gelegen haben und auf die Zukunft vorbereitet sind. Wir GRÜNE übernehmen Verantwortung für das Gemeinwohl und wollen die Weichen für eine CO<sub>2</sub>-neutrale Klimabilanz stellen. Wir GRÜNE stehen für Transparenz und BürgerInnenbeteiligung, genauso wie für Demokratie, direkte Teilhabe auf kommunaler Ebene und Gerechtigkeit. Die Schwerpunkte unseres Programms orientieren sich an Themen, die von vielen Menschen einerseits als dringliche Zukunftsaufgaben erkannt werden, andererseits im Rahmen der Zuständigkeit des Kreises auch tatsächlich angepackt und umgesetzt werden können.

Helfen Sie daher mit Ihrer Stimme, dass die GRÜNEN mit einer starken Fraktion im lauenburgischen Kreistag vertreten sein werden! Wir sorgen für lebendige Debatten, Transparenz und mehr Demokratie und für eine zukunftsfähige Politik, die eine deutlich ökologische und soziale Handschrift trägt.

**Wählen Sie bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2013 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!**

## Mit mehr Transparenz eine lebendige Mitmachdemokratie schaffen

Unsere Demokratie braucht die Beteiligung der hier lebenden Menschen. Wir wollen alle einladen, sich im Kreis und in ihren Gemeinden aktiv einzubringen. Dem politischen Ehrenamt wird im Grundgesetz ein hoher Stellenwert zugeordnet. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe ist es notwendig, dass dies auch für JedeN möglich ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass kommunalpolitisches Engagement mit den Aufgaben in Familie und Beruf vereinbar ist.

Für uns ist es selbstverständlich, dass sich auch parteilose KandidatInnen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren können.

### Der Kreis als Partner der Kommunen

Mit uns wird der Kreis zu einem verlässlichen Partner der Städte und Gemeinden. Wir sehen die Kommunen und den Kreis als kommunale Familie. Die Kommunikation unter den kommunalen Gebietskörperschaften muss verbessert werden, um bestehende Synergien zu nutzen und die Zusammenarbeit voranzubringen.

Die Sitzungen des Kreistages und aller Ausschüsse sind grundsätzlich öffentlich. Wir möchten die Bevölkerung dazu ermutigen, sich mehr an der Kreispolitik zu beteiligen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch während einer Sitzung Fragen zulässig sind.

Wir wollen den Kreis, die Städte und die Gemeinden stärker in die Pflicht nehmen, in der kommunalen Verwaltung für Transparenz zu sorgen: EinwohnerInnen ist freier Zugang zu Unterlagen zu gewähren (wie es eigentlich schon gesetzlich vorgeschrieben ist, aber nicht immer umgesetzt wird), und die hier lebenden Menschen sind an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Dies bedeutet auch, dass öffentlich finanzierte Gutachten für jedeN im Internet einsehbar sind.

Eine mögliche Maßnahme für mehr BürgerInnenbeteiligung in der Kreispolitik ist, den Kreistag an unterschiedlichen Orten tagen zu lassen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreistag „auf Reisen“ geht.

## **Soziale Verantwortung – Teilhabe statt Ausgrenzung**

Ein lebenswertes Leben muss für Menschen aller Generationen, sozialer Gruppen und unabhängig von Herkunft auch bei uns im Kreis gewährleistet sein. Soziale Aufgaben wie Bewältigung von Arbeitslosigkeit, Behindertenhilfe, Grundsicherung oder Pflege im Alter, Beratung bei Privatverschuldung, psychosoziale Betreuung, Suchtprävention, Selbsthilfe, Jugendschutz und Integration von MigrantInnen sind Aufgaben, die von Land und Bund an den Kreis übertragen wurden. Die zur Erfüllung dieser Aufgaben erforderlichen finanziellen Mittel reichen nicht aus, so dass soziale Leistungen reduziert und häufig unzureichend wurden. Bund und Länder müssen Kreise und Gemeinden durch eine bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung in die Lage versetzen, die ihnen übertragenen sozialen Aufgaben erfüllen zu können.

### **Kinderarmut**

In unserem Kreis ist nahezu jedes sechste Kind von Armut betroffen. Politische Maßnahmen auf Kreisebene müssen das Ziel haben, Kinderarmut gar nicht erst entstehen zu lassen. Es reicht nicht aus, sich auf Maßnahmen des Bundes zu beschränken. Ursache von Kinderarmut sind häufig finanzielle Schwierigkeiten der Familie, geprägt durch Arbeitslosigkeit, Scheidung, alleinerziehende Elternteile und Verschuldung. Um der Armut und der sich anschließenden Verstrickung in soziale Konflikte präventiv zu begegnen, unterstützen wir GRÜNEN die Kooperation mit Sozialverbänden, den Ausbau kommunaler Netzwerke gegen Kinderarmut und die sozialtherapeutischen Hilfsangebote des Kreises.

### **Jugendpflege**

Wir setzen uns für eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung in der Jugendpflege ein, insbesondere auch für den ländlichen Raum. Erfahrungen in Städten mit sozialen Brennpunkten haben gezeigt, dass der Einsatz von Streetworkern das geeignete Mittel ist, um jugendlicher Gewalt zu begegnen und den Jugendlichen Wege für eine krisenfeste Entwicklung aufzuzeigen. Wir wollen das Instrument der aufsuchenden Sozialarbeit erhalten und ausbauen. Anstrengungen des Kreises in der außerschulischen Jugendbildung dürfen nicht verringert, sondern sollen ausgebaut werden, ebenso wie die Erweiterung des Freizeitangebots.

### **Folgen von Sucht und Privatverschuldung**

Die Folgekosten von Schäden durch Sucht betragen im Kreis pro Jahr ca. 50 Millionen Euro. Die Kosten sind vorwiegend von Krankenkassen und der Arbeitsagentur zu tragen. Allerdings ist auch der Kreis mit direkten Maßnahmen, insbesondere im Bereich Jugendhilfe, anteilig von den Folgekosten betroffen. Laut Schätzungen renom-

mierter Institute belaufen sich die anteiligen Kosten auf mehr als eine Million Euro. Wir fordern daher, dass Suchtberatung (Alkohol, Drogen, Spielsucht) und beratende, aufklärend angelegte und therapeutische Angebote nicht vermindert, sondern im Gegenteil ausgebaut werden. Dasselbe gilt für die SchuldnerInnenberatung, die dazu beiträgt, die individuelle Handlungsfähigkeit von Privatpersonen zu erhalten und damit die Verlagerung der Lebenshaltungskosten in die öffentlichen Haushalte vermeidet. Wir setzen uns dafür ein, dass Zusammenhänge zwischen Sucht, Privatverschuldung und Jugendvernachlässigung verdeutlicht werden. Zur Verringerung der damit verbundenen Schwierigkeiten entwickeln wir entsprechende Programme.

### **Unterstützung Behinderter**

Zur Betreuung geistig und psychisch Behinderter haben die Kreise Verträge mit sozialtherapeutischen Einrichtungen abgeschlossen. Zur Umsetzung der Kooperation zwischen Kreisen (Trägern) und Einrichtungen (Erbringern) ist vor einigen Jahren dazu eine zentrale Stelle in Rendsburg geschaffen worden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Zusammenspiel dieser Kooperation mit dem bestmöglichen Ergebnis für die Betroffenen ausfällt und die Mitwirkung in der politischen Einflussnahme gesichert bleibt. Eine Herabsetzung der finanziellen Leistungen für Behindertenwerkstätten und Werkstätten für Jugendliche darf es nicht geben.

Im Rahmen der Hilfe für körperlich Behinderte muss der Kreis alle Anstrengungen unternehmen, den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht zu werden. Dazu gehört nicht nur eine effektive und kompetente Beratung, sondern auch die Umsetzung von Barrierefreiheit und der seit März 2009 in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention. Hier geht es um das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung als zentrales Menschenrecht. Mit ihr wird das Leitbild „Inklusion“ für alle Einrichtungen und gesellschaftlichen Bereiche formuliert. Dies wollen wir bei uns im Kreis fördern und durchsetzen.

### **Pflege älterer Menschen**

Wir GRÜNEN unterstützen grundsätzlich eine Vielfalt von Wohnformen, die den individuellen Bedürfnissen älterer und gebrechlicher Menschen gerecht werden. Der Pflegeberuf muss generell wieder attraktiver, die Anzahl der Pflegekräfte gesteigert und der bürokratische Aufwand minimiert werden, damit Pflegebedürftige eine bessere Pflegequalität und mehr Zeit für persönliche Zuwendung erhalten. Bei uns im Kreis stand immer wieder die Pflegeberatungsstelle, heute Pflegestützpunkt, im Fokus von Spar- und Streichmaßnahmen der Kreispolitik. Aus unserer Sicht muss der Stützpunkt in seiner jetzigen Form auf jeden Fall erhalten bleiben. Dazu sind die auslaufenden Verträge in angemessener Form zu verlängern.

## Selbsthilfe und Verbände zum Schutz Hilfsbedürftiger

Selbsthilfegruppen müssen gestärkt und nicht geschwächt werden. Die Schwangerschaftskonfliktberatung ist für uns eine unverzichtbare Einrichtung, die wir in der bestehenden Form erhalten wollen. Vereine wie *Sozialverband*, *Gehörlosenverband*, *Betreuungsverein*, *Hilfe für Frauen in Not*, *Wellcome und Miteinander Leben* müssen weiter im bisherigen Rahmen unterstützt werden.

## Frauenpolitik

Frauen sind in Wirtschaft, Verwaltung und Politik trotz gleicher und besserer Qualifikation in leitenden Funktionen immer noch unterrepräsentiert, auch die Kreisverwaltung hat nur einen geringen Frauenanteil in Führungspositionen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei anstehenden Stellenneubesetzungen Frauen bevorzugt eingestellt werden. Ebenso wollen wir in Gesellschaften mit Kreisbeteiligung durchsetzen, dass Aufsichtsräte mit mindestens 50 Prozent Frauen besetzt werden. Besonders Frauen sind von prekären Arbeitsverhältnissen (wie z.B. befristete Arbeitsverträge oder Minijobs, Scheinselbstständigkeit, Niedriglohnjobs) betroffen. Die Auftragsvergabe des Kreises wollen wir davon abhängig machen, dass Unternehmen Arbeitnehmerinnen nicht unter derartigen Bedingungen beschäftigen.

Die Reduzierung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten muss wieder zurückgenommen werden. Die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten muss sich verstärkt auf die Vernetzung der Fraueninitiativen im Kreis konzentrieren können. Das Frauenhaus und die Frauenberatungsstellen müssen angemessen finanziell unterstützt werden, damit sie ihre vielfältigen Aufgaben im Sinne der Frauen im Kreis wahrnehmen können.

## Miteinander friedlich leben

Der Kreis muss seinen Beitrag zur Integration von MigrantInnen leisten. Bei der Aufnahme der AsylbewerberInnen wollen wir eine Willkommenskultur aufbauen und integrationsfördernde Angebote machen. Das A und O für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist der Spracherwerb. Wir wollen den Anspruch auf gebührenfreie Sprachkurse für AsylbewerberInnen bzw. nach gewährtem Asyl durchsetzen. Wir fordern auch für die Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, hier aber keinen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten haben und von sehr wenig Geld leben müssen, Sprachkurse kostenlos anzubieten.

Darüber hinaus ist die Verbesserung der Kontaktmöglichkeiten ein guter Weg zur Integration. Wir setzen uns dafür ein, dass für Kinder und Jugendliche ohne gesicherten Aufenthaltsstatus der Besuch von Sportvereinen und Musikschulen kostenfrei möglich ist. Die Unterbringung von AsylbewerberInnen ist eine originäre Aufgabe der Kommunen. Der Kreis unterstützt die Kommunen in ihren Bemühungen, bestehende Gemeinschaftsunterkünfte zur Unterbringung von AsylbewerberInnen zukünftig so selten wie möglich zu nutzen. Flüchtlinge sollen in Wohnungen oder kleineren Wohngruppen untergebracht werden. Eine solche sogenannte „dezentrale Unterbringung“ führt zu einer verbesserten Teilhabe bei schulischen Angeboten sowie Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit oder kulturellen Bildung, wie Erfahrungen gezeigt haben. Auch der Spracherwerb wird in einem solchen Wohnumfeld deutlich eher gefördert als in einer isolierten Gemeinschaftsunterkunft. Der Grundsatz lautet: dezentrale Unterbringung statt Ghettobildung!

## Entschieden gegen Rechts

Wir lehnen jede Form von Diskriminierung, Extremismus oder Geschlechterungerechtigkeit ab, ganz gleich ob sie im Namen von Tradition, politischer Gesinnung oder Religion geschieht. Wir wollen im Dialog mit allen Religionsgemeinschaften auch hier bei uns im Kreis zu mehr Austausch und Toleranz beitragen.

Die Menschen im Kreis haben wiederholt erfahren, was rechtsextreme Gewalt bedeutet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt die Arbeit des Vereins *Miteinander leben* und andere Initiativen, die sich mit zivilem Engagement gegen neonazistische Tendenzen bei uns stark machen. Um die Erinnerung an die Brandanschläge in Mölln mahndend wach zu halten, unterstützen wir die Forderung der Möllner Moscheegemeinde und der Familie Arslan, die kleine Gasse neben dem Brandhaus in Bahide-Arslan-Weg umzubenennen.

Gemeinsam mit den anderen im lauenburgischen Kreistag vertretenen Parteien kämpfen wir für ein weltoffenes, demokratisches und tolerantes Miteinander im Kreis Herzogtum Lauenburg.

## **Bildung – Chancengerechtigkeit für Alle**

Gleiche Chancen auf Bildung sind Ziel GRÜNER Bildungspolitik. Allen Kindern und Jugendlichen muss der Zugang zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen in gleichem Maße offenstehen – unabhängig von finanzieller Ausstattung des Elternhauses und Lage des Wohnortes. So verstehen wir Chancengerechtigkeit.

### **Bildung von Anfang an**

Die Weichenstellung für geringere Bildungschancen erfolgt häufig schon im frühen Kindesalter, wenn Kleinkinder milieubedingt nur unzureichend gefördert und ihre Bedürfnisse nicht ausreichend befriedigt werden. Qualifizierte Krippenangebote können das verhindern. Deshalb ist es wichtig, dass allen Eltern Plätze für ihre Kinder in einer Krippe und anschließend in der Kita entsprechend zur Verfügung stehen. Das Betreuungsangebot muss den individuellen Bedürfnissen in den Familien entsprechen, insbesondere um die Berufstätigkeit von Frauen zu ermöglichen und zu fördern. Flexible, bedarfsgerechte Öffnungszeiten gehören dazu. Der Besuch einer Kindertagesstätte darf nicht am Geld scheitern.

Die finanzielle Förderung der Kindertagesstätten muss so ausfallen, dass Standards und Qualität auf hohem Niveau gehalten werden können, deshalb bedarf es ausreichender Finanzmittel bei Investitionen und besonders bei der Personalausstattung. Wir setzen uns für eine kreisweit bedarfsgerechte Ausstattung mit Plätzen in Kindertagesstätten ein. Das Angebot von qualifizierten Tagespflegeeltern muss erhalten bleiben.

Die Jugendpflege des Kreises muss in die Lage versetzt werden, Familien in Krisensituationen bei der Kleinkindbetreuung ausreichend zu unterstützen und Fällen von Kindesmisshandlung entgegenzutreten.

### **Schulen für heute und morgen**

Schularten haben sich mit ihren unterschiedlichen Bildungsinhalten und Abschlussangeboten verändert; darauf muss auch der Kreis reagieren. Für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Schullandschaft ist der Kreis zusammen mit den Kommunen gefordert, sich Gedanken zu machen, wie allen SchülerInnen ein ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechendes Angebot vorgehalten werden kann. Deshalb wollen wir die Schulentwicklungsplanung fortschreiben, auch mit der Perspektive, zunehmend für ein flächendeckendes Ganztagsangebot im Primarschulbereich zu sorgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis im Rahmen seiner Möglichkeiten das regionale Berufsbildungszentrum mit seinem breit gefächerten Angebot an schulischer Ausbildung und Abschlüssen stärkt und fördert. Ein umfangreiches Ausbildungsangebot ist ein wichtiger Standortfaktor der Wirtschaft im Kreis und muss hier erhalten bzw. ausgebaut werden.

Der kürzlich von der Kreistagsmehrheit beschlossene Eigenanteil der SchülerInnen bzw. ihrer Eltern an den Kosten für die SchülerInnenbeförderung soll zurückgenommen werden.

### **Außerschulische Bildungsangebote erhalten**

Angebote der Volkshochschulen und Familienbildungsstätten müssen mehr als bisher gefördert werden. Sie dürfen nicht „zusammengespart“ werden, weil dies eine Beschränkung des Rechts auf Bildung gerade für Menschen mit geringerem Einkommen wäre.

Wir unterstützen die Arbeit der Weiterbildungseinrichtungen ebenso wie Bildungsangebote von Vereinen und Verbänden, die Freizeit und Bildung miteinander kombinieren, besonders im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz.

### **Kultur fördern**

Lebendige Kultur ist vielfältig und ein elementarer Bestandteil einer lebenswerten und gerechten Gesellschaft. Kultur muss für alle zugänglich sein. Kulturförderung gehört in die Kreispolitik. Auch wenn sie derzeit freiwillige und nicht pflichtige Aufgabe der Kommunen ist, setzen wir uns dafür ein, dass der Kreis sich auch weiterhin für die Förderung von Kulturschaffenden und von kulturellen Einrichtungen und Projekten stark macht. Der Kreis hat aktuell ein Fördervolumen von ca. 200.000 Euro für kulturelle Zwecke. Davon ist ein großer Teil vertraglich gebunden. Den Kulturschaffenden im Kreis muss ein breiter Gestaltungsspielraum zur Umsetzung ihrer Ideen eingeräumt werden. Sie sollen über Projekte, im Rahmen von offenen Ganztagschulen und wo immer noch möglich in die Arbeit von Bildungseinrichtungen eingebunden werden. Kultur ist Bildung und Bildung ist Kultur.

Strukturen im Kreis verändern sich, und wir beteiligen uns. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben seit 2012 mit einem Sitz im Stiftungsrat der Stiftung Herzogtum Lauenburg eine Möglichkeit, die Arbeit der Stiftung kritisch zu begleiten. Der Vertrag mit der Stiftung wird neu aufgestellt. DIE GRÜNEN streben dabei eine transparente Verwendung der Mittel und die Einbindung möglichst aller Kulturschaffenden an. Im Dialog mit ihnen sollen die Mittel gerecht, ausgewogen und im Sinne größtmöglicher Kulturvielfalt verwendet werden.

## **Klimaschutz – Energiewende vor Ort gemeinsam realisieren**

### **Gut leben und die Umwelt für morgen erhalten**

Die Erderwärmung mit ihren Folgen ist eine der größten Herausforderungen der Zukunft. Klimaschutz betrifft uns alle. Der Kreis muss mit gutem Beispiel vorangehen. Er muss Vorreiter bei der Nutzung regenerativer Energien werden. Unser Ziel ist die vermehrte Nutzung von Sonnenenergie auf den Dächern der kreiseigenen Gebäude und eine gesteigerte Umsetzung von Energiesparmaßnahmen in den Liegenschaften des Kreises.

Wir wollen die Energiewende vor Ort. Die Energieerzeugung muss auf dezentrale Versorgung umgestellt werden. Wir wollen Anstöße geben, dass zwischen Kreis und Kommunen unter Mitwirkung der bestehenden Stadtwerke oder anderer lokaler Akteure ein Netz von Blockheizkraftwerken geschaffen wird, welche mit Erd- oder Biogas (auf der Basis von Reststoffen) betrieben werden. Die Blockheizkraftwerke sollen Gewerbebetriebe, private Haushalte und öffentliche Gebäude mit Wärme und Strom versorgen. Der wesentliche Vorteil eines Blockheizkraftwerks ist die zusätzliche Nutzung der Wärme, die bei der Stromerzeugung entsteht. In herkömmlichen Kraftwerken wird diese einfach ungenutzt an die Umwelt abgegeben und trägt auch so zur Klimaerwärmung bei.

Damit die Gewinne zum Nutzen der BürgerInnen eingesetzt werden können und die Region gestärkt wird, sind die beteiligten Energieversorger mit dem Geschäftszweck Gemeinwohlorientierung zu führen.

Windkraft trägt wesentlich zur regionalen Selbstversorgung bei. Wir setzen uns dafür ein, dass in die nächste Teilfortschreibung des Regionalplanes weitere Windenergieeignungsflächen aufgenommen werden. In den Genehmigungsverfahren für die Windkraftanlagen sollen negative Auswirkungen auf benachbarte menschliche Nutzungen und Umwelt minimiert werden.

Wir GRÜNEN fordern, dass der Kreis sein Klimaschutzprogramm konsequent umsetzt. Zukünftige Entscheidungen und Programme im Bau-, Wirtschafts-, Energie-, und Umweltsektor sind an diesem Klimaschutzprogramm auszurichten. Hierzu gehört die Einrichtung einer Stelle für einen Klimaschutzbeauftragten.

Wir fordern, dass der Kreis die Auszeichnung „Klimafreundliche Gemeinde“ in Form eines Wettbewerbs initiiert. Alle Städte und Gemeinden des Kreises werden aufgefordert daran teilzunehmen. Bewertet werden alle Maßnahmen, durch die Emission von CO<sub>2</sub> und weiteren klimaschädlichen Gasen vermieden bzw. reduziert werden kann:

- Betrieb von Blockheizkraftwerken, Windrädern, Photovoltaik-, Solar-, und Geothermieanlagen und Wasserkraftwerken
- Umstellung des Fuhrparks auf emissionsfreie und abgasarme Fahrzeuge
- Energiesparmaßnahmen und Umweltpädagogik im Sinne von Energieeffizienz

In den Wettbewerb können sich neben den öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Sporthallen, Verwaltungsgebäude und Stadtwerke auch alle Vereine, Gewerbebetriebe und EinwohnerInnen der Städte oder Gemeinden einbringen, die Maßnahmen ergriffen haben, die in den Kriterienkatalog des Wettbewerbs passen. Als Bewertung wird ein neutrales Verfahren zugrunde gelegt. Die Bewertung wird durch ein ehrenamtliches Gremium von Fachpersonen vorgenommen.

### **Gegen Fracking, CCS und Atomkraft**

Wir GRÜNE sprechen uns mit Nachdruck gegen jegliche Art des Fracking und gegen CCS aus. Mit CCS (Carbon-Capture-and-Storage) Technologie wird Kohlendioxid in den Untergrund verpresst. Fracking ist eine Methode der rücksichtslosen Gewinnung von Erdgas und Erdöl unter Einsatz von höchst umweltschädlichen Chemikalien, die das Trinkwasser vergiften können.

Genehmigungen auf dem Kreisgebiet werden nach dem nicht mehr zeitgemäßen Bergrecht erteilt. Wir werden bei Bund und Land darauf drängen, das Bergrecht zu novellieren. Soweit der Kreis Einfluss nehmen kann, werden wir GRÜNEN uns dafür einsetzen, dass keine Erlaubnis für seismographische Untersuchungen, mögliche zukünftige Probebohrungen sowie Erschließungen und Förderungen unkonventioneller Gas- und Ölvorkommen („Fracking“) erteilt wird. Bereits genehmigte Aufsuchungsgenehmigungen sind zurückzunehmen.

Wir wollen sicherstellen, dass das AKW Krümmel nie wieder angefahren wird. Wir fordern zügige Rückbaumaßnahmen, die das Aus des Reaktors unumkehrbar machen.

## **Finanzpolitik – GRÜNE Prioritäten setzen**

### **Für eine ehrliche Finanzpolitik**

Das Volumen des Kreishaushaltes beträgt gut 200 Millionen Euro. Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus Erstattungen des Landes und Abgaben von Städten und Gemeinden über die Kreisumlage. Bei den Ausgaben fallen die größten Anteile in die Bereiche Personal, Soziales, Jugendhilfe und ÖPNV. Die meisten damit verbundenen Kosten ergeben sich aus Aufgaben, die vom Land bzw. Bund an die Kreise übertragen worden sind. Die Zahlungen von Land und Bund sind allerdings in den letzten Jahren auf Grund geänderter Gesetze im Steuerrecht und der Kürzung im Finanzausgleich anteilmäßig in Höhe von mehreren Millionen Euro weggebrochen. Als Folge hat sich im Kreishaushalt eine Verschuldung von inzwischen über 47 Millionen Euro angehäuft.

Die angespannte Finanzsituation hat die Kreistagsmehrheit von CDU und FDP in den letzten Jahren dazu genutzt, die Zuschüsse für gemeinnützige Einrichtungen zu kürzen. Damit haben sich allerdings keine Verbesserungen ergeben. Im Gegenteil: Dort, wo präventive Maßnahmen betroffen sind, verschärft sich durch Folgekosten die Lage noch weiter. Wir GRÜNE lehnen die Kürzungen in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur und Umwelt ab. Stattdessen streben wir eine strukturierte Finanzplanung unter Einbeziehung des in der Aufgabenzuteilung für die Kommunen und Kreise zuständigen Landes an. Dieses hat insbesondere auch die Aufgabe, den Bund für eine auskömmliche Ausstattung der Haushalte in den Kommunen in die Verantwortung zu nehmen. Zudem wollen wir unsinnige Ausgaben, wie für Werbekampagnen von zweifelhaftem Wert, nicht mehr zulassen.

Der Kreishaushalt setzt sich aus pflichtigen und freiwilligen Aufgaben zusammen. Die Politik kann fast ausschließlich auf den Teil der freiwilligen Aufgaben Einfluss nehmen. Dieser auf ca. drei Prozent des Gesamthaushaltes zu beziffernde Anteil wird durch Gesetzesvorgaben des Landes weiter eingeschränkt. In dem engen Rahmen der übrig bleibenden Gestaltungsmöglichkeiten streben wir konsequent eine nachhaltige, ökologische und sozial gerechte Aufgabenumsetzung an. Langfristig kann eine Kostendämpfung in den Versorgungsbereichen nur über einen Ausbau der präventiven Maßnahmen erreicht werden. Wir sehen gerade hier ein jährliches Einsparpotenzial in zweistelliger Millionenhöhe. Wir fordern dazu einen angemessenen Finanzanteil in den Bereichen Sucht, Arbeit und Privatverschuldung, Pflege, Jugendschutz, Kita, Bildung und Umwelt.

Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstzweck. Statt einer Politik des bedingungslosen Einsparens brauchen wir gezielte Investitionen in nachhaltige Kostendämpfung und ressourcenschonende Wachstumsfelder des Mittelstandes und des damit verbundenen Arbeitsmarktes.

## **Arbeit und Wirtschaft – zukunftsfähig und gerecht**

### **Arbeit jetzt und auch in Zukunft**

Im Kreis Herzogtum Lauenburg müssen die Rahmenbedingungen für die Schaffung und den Erhalt von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen verbessert werden. Dazu benötigt der Kreis eine nachhaltige Wirtschafts(förderungs)politik, die sich an ökologischen und sozialen Grundsätzen orientiert.

Insbesondere Unternehmen, die im Bereich der alternativen Energien und anderer Zukunftstechnologien tätig sind, schaffen eine große Zahl neuer und zukunftssicherer Arbeitsplätze im Handwerk und im mittelständischen Gewerbe. Die Förderung durch die WFL (Wirtschaftsförderungsgesellschaft Herzogtum Lauenburg) muss sich auf die Ansiedlung von Unternehmen aus diesen Branchen, aber auch auf umweltfreundlich arbeitende Betriebe anderer Bereiche konzentrieren.

Eine weitere wichtige Grundlage zur Schaffung sicherer und zukunftsfähiger Arbeitsplätze, wie bei DienstleisterInnen im Umfeld der elektronischen Medien, ist eine flächendeckende Breitbandversorgung im gesamten Kreisgebiet. Wir sehen es als Aufgabe der Kreisverwaltung an, die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Chancen zu unterstützen. Wir GRÜNEN halten es daher für notwendig, ein umfassendes Flächenkataster zu erstellen, das als Planungsgrundlage eine Übersicht über vorhandene, aufgegebenen und für eine Neunutzung zur Verfügung stehende sowie zu entwickelnde Gewerbeflächen enthält.

Zur Absicherung eines fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs, aber auch zur Sicherung angemessener Einkommen der Arbeitnehmer, soll der Kreis in allen ihn betreffenden Ausschreibungen die Regelungen des Schleswig-Holsteinischen Tarifreugesetzes zur Anwendung bringen und einen tariflich angemessenen Mindestlohn sicherstellen. Der Kreis soll eine entsprechende Vorgehensweise auch auf kommunaler Ebene fördern.

Ein weiterer Garant für Arbeitsplätze im Kreis ist die Tourismusbranche mit ihren zahlreichen Angeboten im Bereich des naturverträglichen, sanften Tourismus.

## **Planung von Infrastruktur und Verkehr – nachhaltige und umweltschonende Konzepte**

### **Öffentlicher Nahverkehr**

In ländlichen Regionen, die unter Bevölkerungsrückgang und Überalterung leiden, ist die klassische Form des öffentlichen Nahverkehrssystems nicht mehr das geeignete Verkehrsangebot zur Gewährleistung bzw. Sicherstellung der Mobilität. Wir fordern eine Verkehrsbedarfsanalyse, um die spezifischen Bedürfnisse der BewohnerInnen im Kreisgebiet zu ermitteln. Auf dieser Grundlage sollen verbindende Konzepte entwickelt und innovative Projekte ins Leben gerufen werden. Insbesondere im ländlichen Raum ist eine gute Versorgung mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) von großer Bedeutung.

Innovative Verkehrskonzepte sind deshalb eine Grundvoraussetzung für eine Zukunft auf dem Lande. Das können zum Beispiel mehr Bedarfslinien, Anrufsammeltaxen oder Bürgerbusse sein. Auch ist an telefonischer oder elektronischer Bestellung und elektronisch optimierten Abholrouten zu arbeiten. Mit Park & Ride- und Bike & Ride-Anlagen mit Stromtankstelle ist ein Anreiz zu schaffen, auf Bus und Bahn umzusteigen.

Unser Ziel ist, das Auto immer öfter stehen lassen zu können. Öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen oder sicher Fahrrad zu fahren, dient nicht nur dem Klimaschutz: Es bringt auch mehr Lebensqualität für uns alle. Dabei müssen Busse und Bahnen schnell, pünktlich, bequem und in kurzer Taktfolge unterwegs sein. So wird der öffentliche Personennahverkehr attraktiv, gerade auch für Autofahrer.

Die Schienenanbindung an die Metropolregion Hamburg muss verbessert werden. Für den Regionalexpress wird eine höhere Taktung angestrebt. Wir wollen eine Direktanbindung der Städte Ratzeburg, Mölln und Lauenburg an Hamburg. Die Bestrebungen, Geesthacht per Schiene an Hamburg anzubinden, unterstützen wir. Auch die Verbindung zwischen der Endhaltestelle der S21 Richtung Schwarzenbek, Büchen, Lauenburg, Mölln und Ratzeburg soll mit einer höheren Taktung gefördert werden. Ländliche Räume wie die Schaalseeregion müssen per ÖPNV besser angebunden werden. Eine Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz ist insbesondere für kleinere und mittelgroße Kommunen unverzichtbar und zukunftsrelevant. Nur so kann eine nachhaltige Infrastruktur auch in unseren ländlichen Regionen gewährleistet und ein Ausbluten von kleineren Orten und Städten verhindert werden.

Das Land Schleswig-Holstein ist Träger des Schienenverkehrs, die Kreise sind hingegen für den Busverkehr zuständig. Wegen seiner gegenüber anderen Kreisen geringen Schiendichte ist das Herzogtum Lauenburg dadurch finanziell benachteiligt. Der Kreistag soll eine Initiative starten und die Landesregierung auffordern, auch den straßengebundenen ÖPNV in seinen Förderkatalog aufzunehmen.

Auf dem Land ist der ÖPNV dann keine Alternative, wenn er sich nur auf die SchülerInnenbeförderung bezieht, denn die SchülerInnenzahlen sinken. Der öffentliche Busverkehr muss für alle attraktiver werden. Dazu gehören die flächenhafte Erschließung des Kreisgebietes, eine an die Bedürfnisse des ländlichen Raumes angepasste Linienführung sowie moderne Fahrzeuge mit Niederflur, Fahrradmitnahme und Fahrgastinformationssystemen.

Uns ist Fahrradverkehr wichtig. Nicht nur für den Tourismus ist ein umfangreiches Radwegesystem erforderlich, es muss auch für den Alltagsverkehr mit dem Fahrrad nutzbar sein. Durch eine abgestimmte Netzplanung sollen die von Kommunen, Kreis, Land, Bund und Europa geplanten Freizeit- und Alltagsnetze integriert und mit einer einheitlichen Wegweisung ausgestattet werden.

Neben Kreis-, Landes- und Bundesstraßen lassen sich land- und forstwirtschaftliche Wege in diese Netze einbinden, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind. Lücken im Rad- und Fußwegenetz sollen durch zügigen Neubau geschlossen werden. Wir wollen alle Möglichkeiten zur Förderung des Radverkehrs ausschöpfen und halten dafür auch Geschwindigkeitsreduzierungen und Wochenendsperrungen für den Kfz-Verkehr z.B. von Uferstraßen für diskussionswürdig.

### **Lärmschutz**

Die Eindämmung der Lärmbelastung ist sowohl gesundheitspolitisch als auch volkswirtschaftlich eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir sehen hier auch auf kreispolitischer Ebene Potenzial zur Entlastung der Bevölkerung, zur Attraktivitätssteigerung von Gewerbeflächen sowie des touristisch genutzten Raumes: Wir unterstützen die kreisweiten Bemühungen zur Einführung einer Benutzungspflicht für vorhandene Fernstraßen und Autobahnen für Lkw als eine Lärmschutzstrategie für unsere Städte und Gemeinden. Straßensanierungen an belebten Orten sollen grundsätzlich nur noch mit Flüsterasphalt erfolgen. Die Erneuerung des in den letzten Jahren großflächig zurückgebauten Straßenbegleitgrüns in Form von breiten, dichten Vegetationsstreifen wirkt schallabsorbierend und soll gefördert werden. Die derzeit bestehenden offenen Schießanlagen werden wir einer kritischen Prüfung unterziehen und sowohl zeitlich als auch räumlich Möglichkeiten zur Eindämmung des Lärmes erarbeiten.

## Abgestimmte Planung für Baugebiete und Straßen

Trotz der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung schreitet die Ausweisung von Neubaugebieten und Gewerbeflächen in Städten und Gemeinden weiter voran. Dadurch werden Landschaften zersiedelt und zerschnitten sowie der Wasserhaushalt durch Versiegelung beeinträchtigt. Die Erschließung weiterer Neubaugebiete wird für die Kommunen und ihre Bürger in ländlich strukturierten Regionen zunehmend zu einem finanziellen Risiko, weil die Kosten zum Erhalt der Infrastruktur künftig die Einnahmen übersteigen werden. Angesichts der stagnierenden Bevölkerungszahlen ist zur Stabilisierung der Siedlungsentwicklung das System der „Zentralen Orte“ unverzichtbar.

Die „Zentralen Orte“ fungieren als effiziente Versorgungssysteme, wirtschaftliche Entwicklungspole und Verknüpfungspunkte eines integrierten Verkehrssystems. In der Metropolregion Hamburg ergänzt das Achsenmodell das „Zentrale Orte“-Konzept, konzentriert die Siedlungstätigkeit auf die Siedlungsachsen mit leistungsfähigem ÖPNV und verhindert so Zersiedelung in den landschaftsbezogenen Achsenzwischenräumen.

Wir müssen uns von der Wachstumsphilosophie zurückliegender Jahrzehnte verabschieden und Wege einer kreisweiten Zusammenarbeit beschreiten, um der weiteren Zersiedelung unserer Landschaft durch nachhaltiges Flächenmanagement ein Ende zu bereiten. Dazu sind Steuerungsmechanismen zugunsten der Bestandspflege und -entwicklung zu entwerfen und zu nutzen, um den künftigen Anforderungen an städtebauliche Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht gerecht zu werden.

Um eine zukunftsweisende Entwicklung im Bereich Siedlungs- und Gewerbeflächen festzulegen, ist eine kreisweite Planung erforderlich, die am Klimaschutzkonzept des Kreises ausgerichtet wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in den vorhandenen, aber nicht ausreichend genutzten Gewerbegebieten durch externe fachliche Beratung neue Ideen für die Nutzung der vorhandenen Freiflächen entwickelt werden, und uns für deren Umsetzung stark machen (z.B. IT-Park, Öko-Park, Handwerks-Park etc.). Wir setzen uns für eine kreisübergreifende Zusammenarbeit bei der Förderung von Unternehmensansiedlungen ein. Es ist zu überprüfen, inwieweit eine Umsiedlung von Unternehmen aus städtischen Bereichen in die vorhandenen Gewerbegebiete für diese attraktiv gemacht werden kann. Die frei werdenden Flächen oder Gebäude könnten dann für gemischte Wohn- und Kleingewerbe-Gebiete genutzt werden.

Neubaugebiete sollen nur noch dann zugelassen werden, wenn eine Verdichtung des vorhandenen Ortskernes nicht mehr möglich ist und ein entsprechender Bedarf auch nachgewiesen werden kann. Straßen-Sanierung geht vor Straßen-Neubau. Die beschränkten finanziellen Mittel sollen für die Sanierung bzw. Reparatur bestehender Straßen verwendet werden.

## Demografischer Wandel – Zukunft auf dem Land

### Ländliche Infrastruktur an die Bevölkerungsentwicklung anpassen

Der demographische Wandel ist auch in unserem Kreis bereits Realität: Die gesellschaftliche Entwicklung der nächsten Jahrzehnte stellt gerade die ländlichen Räume vor große Herausforderungen: Immer mehr junge Menschen wandern zur Ausbildung in die Städte ab und kehren oft nicht zurück. Die verbleibende Bevölkerung wird deswegen eine Altersstruktur mit einem hohen Anteil älterer Menschen aufweisen. Wir möchten den demographischen Wandel aktiv gestalten und als Herausforderung und Chance für die Entwicklung im ländlichen Raum begreifen. Wir wollen den Kreis für junge Familien attraktiv gestalten, um ein ausgewogenes Verhältnis von Jung und Alt zu erreichen.

Damit die Versorgung mit notwendigen Dienstleistungen wie gesundheitliche Versorgung sowie Kultur- und Bildungsangebote in der Fläche zukünftig noch aufrechterhalten werden kann, müssen heute schon präventive Maßnahmen ergriffen werden. Die Anpassung der dörflichen Infrastruktur an die Bedürfnisse älterer Bewohner und die Versorgung der Dörfer mit leistungsfähigen Breitband- bzw. Internetanschlüssen sind hierfür wichtige Faktoren.

Alle Bemühungen, die Lebensqualität und die Mobilität alter Menschen zu verbessern, werden von uns unterstützt. Je länger ältere Menschen in ihrem heimischen Umfeld leben können, desto höher ist ihre Lebensqualität und desto geringer die Belastung der öffentlichen Kassen. Eine wichtige Funktion haben hierfür z. B. altersübergreifende Wohnprojekte, für deren Einrichtung Fördermittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zur Verfügung stehen. Erhaltenswerte Gebäude können so im Rahmen der Dorfentwicklung zu lebenswerten Wohn- und Wirtschaftsräumen umgebaut und energetisch saniert werden.

### **Familienzentren fördern Dorfgemeinschaften**

Über viele Jahrzehnte haben die Kommunen für den Zuzug junger Familien geworben. In den letzten Jahren sind dadurch vielen Gemeinden hohe infrastrukturelle Kosten entstanden. Durch Schulverbandsausgaben und die den Gemeinden übertragenen Kosten für die Vorhaltung von Kindertagesstätten werden derzeit vor allem die kleinen Gemeinden bis zur Handlungsunfähigkeit belastet. Dennoch liegt hier eine Chance für die Zukunft. Wegen der möglichen Verringerung der Geburtenzahlen sollte der Kreis bei seiner Ko-Finanzierung zukünftig schon bei der Bauplanung und der Sanierung öffentlicher Gebäude von z.B. Kindertagesstätten oder Dorfgemeinschaftshäusern auf Synergien bezüglich einer gemeinsamen Nutzung als Familienzentren hinwirken.

SeniorInnen haben ein beachtliches Potential für ehrenamtliches Engagement, da sie zunehmend sehr viel länger aktiv bleiben. Diese Tendenzen können für das dörfliche Leben neue Impulse geben und solidarische Netzwerke wiederbeleben. Vereine und Initiativen übernehmen eine wichtige Rolle in den Dörfern, besonders da für viele kommunale Funktionen kein finanzieller Spielraum mehr vorhanden ist. So können z.B. Gemeindebibliotheken außerhalb der Städte oder die Veranstaltung von Märchenstunden oder Bastel- und Spielenachmittagen durch ehrenamtliche Tätigkeiten mit Leben gefüllt werden.

### **Netzwerke und interkommunale Zweckverbände**

Der Rückgang der Einwohnerzahl ist tendenziell mit Verlusten auf der Einnahmeseite verbunden und bedingt allgemein eine höhere Belastung der kommunalen Kassen. Immer weniger BürgerInnen müssen die Kosten für eine zunehmend überdimensionierte kommunale Infrastruktur tragen. Die Kommunen werden finanziell immer häufiger vor der Wahl stehen: „Entweder gemeinsam oder gar nicht“. Wir unterstützen deshalb alle Formen der Netzwerkbildung wie z.B. die Gründung von interkommunalen Zweckverbänden.

Der ehrenamtliche Einsatz der freiwilligen Feuerwehren ist schon heute für einige Gemeinden wegen der Überalterung und der beruflich bedingten Abwesenheit der Aktiven schwierig aufrecht zu halten. Hierfür sind in Zusammenarbeit mit der Kreisfeuerwehr Konzepte zu erarbeiten, die eine Professionalisierung sowie eine Versorgung in der Fläche auch zukünftig gewährleisten.

## **Unsere Umwelt erhalten – für Mensch und Natur**

### **Bio-Landwirtschaft fördern, Verbraucherschutz durchsetzen**

Wo immer möglich, wollen wir auch auf Kreisebene die ökologische Landwirtschaft sowie die Vermarktung regionaler, ökologisch erzeugter Lebensmittel fördern. Wir setzen uns für den Erhalt der Artenvielfalt ein und streben in diesem Rahmen Partnerschaften mit ökologisch wirtschaftenden Betrieben an. Bei der Neuvergabe von Pachtverträgen für die kreiseigenen Domänen sollten ökologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe den Vorzug erhalten.

Die Lebensmittelüberwachung unseres Kreises ist aufgrund von Personalmangel bereits heute völlig unzureichend. Die Ausweitung bestimmter Praktiken in der konventionellen Landwirtschaft, wie beispielsweise die Verwendung hochtoxischer Herbizide, macht eine viel engmaschigere Überwachung bestimmter Lebensmittel notwendig. Wir fordern daher, die Lebensmittelüberwachung so auszustatten, dass sie ihren gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben nachkommen kann.

### **Landschaft erhalten, Natur schonen – Lauenburgische Seen- und Schaalseelandschaft aufwerten**

Die bestehenden Landschaftsbilder dürfen nur naturverträglich verändert werden. Die Elemente der Flur, zum Beispiel Knicks, Wälder und Feldgehölze sind durch Landschaftsschutz zu sichern. Die regionale Biotopvernetzung über die bestehenden Schutzgebiete hinaus ist durch Erhalt und Erweiterung zu forcieren. Nachdem 1994 Landschaftsschutzgebiete durch ein Gerichtsurteil für nichtig erklärt wurden, 1996 Teilgebiete einstweilig sichergestellt wurden, sind diese Sicherstellungen mittlerweile ausgelaufen.

Der Kreis muss die Arbeit am geplanten Landschaftsschutzgebiet „Naturpark Lauenburgische Seen“ daher unverzüglich wieder aufnehmen. Der „Naturpark Lauenburgische Seen“ bildet mit dem Biosphärenreservat Schaalsee eine naturräumliche Einheit. In dieser Landschaft, die Einheimischen hohe Lebensqualität und TouristInnen reizvolle und vielfältige Möglichkeiten der naturnahen Erholung bietet, wurde wertvoller Naturraum in den vergangenen Jahrzehnten gepflegt und geschützt. Die Ausweisung eines Biosphärenreservates im Kreis Herzogtum Lauenburg würdigt die Arbeit zum Schutz der Natur und führt zur Aufwertung des Gebietes, ermöglicht eine verbesserte Außendarstellung und trägt zum Erhalt und der Weiterentwicklung der Infrastruktur für die hier lebenden und nachhaltig wirtschaftenden Menschen, erholungssuchenden Einheimischen und Gästen bei.

Die Pflege des Begleitgrüns an Straßen muss neu organisiert werden. Wir fordern die Beteiligung der unteren Naturschutzbehörde unter Einbeziehung des ehrenamtlichen Naturschutzes als steuernde Instanz. Kriterien für das Entfernen von Bäumen am Straßenrand müssen, abgesehen von etwaigen Sicherheitserfordernissen, Naturschutz- und Klimaschutzaspekten genügen und nicht wirtschaftlicher Art sein. Für jeden entfernten Baum sind mindestens zwei Bäume nachzupflanzen. Die Naturschutzbehörde ist so auszustatten, dass sie ihren gesetzlich geforderten Aufgaben gerecht werden kann, was zurzeit nicht der Fall ist.

Es darf nicht sein, dass kleine Waldstücke (Starkholz) an Straßen kahl geschlagen werden, nur weil die ausführenden Firmen für eine sorgfältige Ausführung dieser Arbeiten eine höhere Bezahlung verlangen. Wir fordern die Aufstellung einer Kostenbilanz bei Baumfällungen größeren Ausmaßes an Straßen. Einzelbäume von besonderer ökologischer und historischer Bedeutung sollen im Rahmen eines Kreiskonzeptes unter Schutz gestellt werden.

Wasserschutzgebiete sind ein wesentliches Instrument des räumlich differenzierten Grundwasserschutzes. Wir fordern, dass die geplanten Wasserschutzgebiete in Ratzeburg (Vorstadt) und Schwarzenbek zügig als Schutzgebiete ausgewiesen werden. Die Reinheit unseres Trinkwassers darf nicht durch entgegenstehende Wirtschaftsinteressen aufs Spiel gesetzt werden.

### **Unsere Wälder und Forsten**

Die kreiseigenen Wälder haben mit der Zertifizierung durch den internationalen Forest Stewardship Council (FSC) eine positive Entwicklung im Sinne der kommunalen Agenda 21 durchlaufen. Sie setzen diese Entwicklung entsprechend der Nationalen Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung fort. Wir fordern daher, dass 10 Prozent der Kreisforsten der natürlichen Entwicklung überlassen bleiben. Diese Flächen können zu einem größeren kreisübergreifenden Waldschutz- und Naturerlebnisgebiet beitragen, das im Wesentlichen aus Wäldern der Stadt Lübeck (Hevenbruch), des Kreises Herzogtum Lauenburg (Koberg und Linau) und des Landes Schleswig-Holstein (Hahnheide) besteht.

Zur Anpassung an den Klimawandel und zur Abmilderung seiner negativen Auswirkungen ist es erforderlich, die kreiseigenen Wälder noch naturnäher und vorratsreicher zu gestalten. Die weitere Vermehrung der Waldfläche dient im waldarmen Schleswig-Holstein ganz besonders der Klimaverbesserung (CO<sub>2</sub>-Bindung).

Öffentliche Wälder sind „BürgerInnen“-Wälder. Hier sollen Gemeinwohl und Daseinsvorsorge im Vordergrund stehen. Sie sollen verstärkt der Bevölkerung dienen und besonders den SchülerInnen als Anschauungs- und Erlebnisraum zur Verfügung stehen.

### **Natur und Tourismus im Einklang**

Tourismus ist im Kreis Herzogtum Lauenburg ein wichtiger Wirtschaftszweig, der weiter an Bedeutung gewinnt. Wir GRÜNEN sind davon überzeugt, dass die Einzigartigkeit der Natur und Kultur unseres Kreises ein wichtiges Kriterium für BesucherInnen ist, hier Urlaub zu machen. Deshalb wollen wir die Einzigartigkeit unserer Landschaft, unserer Natur und unserer Städte noch mehr herausstellen und damit Zielgruppen übergreifend werben.

Die Förderung des sanften und naturverträglichen Tourismus ist unsere Leitlinie. Vorhandene kleinteilige und qualitativ hochwertige touristische Strukturen, wie Hofcafés, ökologische Direktvermarkter, Heuherbergen und Bett & Bike-Betriebe, sind zu unterstützen und auszubauen. Der Erhalt und naturverträgliche Ausbau von gastronomischen Betrieben im ländlichen Bereich wird auch wegen des Nutzens für die einheimische Bevölkerung positiv bewertet.

Um den motorisierten Individualverkehr auch im touristischen Sektor zu verringern, bedarf es eines gut ausgebauten ÖPNV-Netzes für die Anreise und den Aufenthalt. Viele Gäste verknüpfen ihren Besuch mit einer Radtour. Die Erweiterung der Anzahl an landschaftlich reizvollen und verkehrssarmen Routen sowie die Förderung von straßenbegleitender Radinfrastruktur schaffen das hierfür notwendige Angebot.

Der Naturraum Lauenburgische Seen- und Schaalseelandschaft ist auch vom touristischen Aspekt besonders wertvoll. Die verstärkte Zusammenarbeit mit den mecklenburgischen Akteuren ist eine wichtige Voraussetzung, um diesen Landschaftsraum strukturell zu stärken.

### **Tierschutz**

Tiere sollen um ihrer selbst willen geschützt werden. Wir treten für eine artgerechte Tierhaltung ein. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Kreisverwaltung bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen streng an Kriterien des Tierschutzes orientiert. Es muss gewährleistet sein, dass TierhalterInnen nicht gegen gesetzliche Auflagen, weder bei der Haltung noch beim Transport, verstoßen. Deshalb fordern wir, dass die Kreisverwaltung in die Lage versetzt wird, die notwendigen Kontrollen durchzuführen.

Wir unterstützen die Entwicklung von Konzepten, die die ungebremste Vermehrung verwilderter Haustiere und das für die Tiere damit verbundene Elend verhindern.

**DIE KANDIDATINEN UND KANDIDATEN ZUR KREISTAGSWAHL**

Platz	KandidatIn	Wohnort
1	Annedore Granz	Geesthacht
2	Klaus Tormählen	Börnsen
3	Bettina Best	Alt-Horst
4	Dirk Petersen	Wentorf bei Hamburg
5	Uta Röpcke	Wohltorf
6	Oliver Brandt	Lütau
7	Sina Demirhan	Geesthacht
8	Arne Kalski	Büchen
9	Kornelia Mrowitzky	Salem
10	Knut Suhk	Aumühle
11	Ute Berns	Wentorf bei Hamburg
12	Dieter Nehlsen	Schwarzenbek
13	Regina Hälsig	Mölln
14	Jan Koriath	Lauenburg
15	Sabine Kaufmann	Basedow
16	Sven Kirbach	Schwarzenbek
17	Katharina Bunzel	Lauenburg
18	Detlef Arnold	Salem
19	Inga Grunwald	Büchen
20	Wolf-Dietrich Lentz	Wohltorf
21	Bettina Schneider	Schwarzenbek
22	Reinald Büchner-Jahrens	Ratzeburg

**DIE GRÜNEN DIREKTKANDIDATINEN**

Wahlkreis	KandidatIn	
1	Ratzeburg	Reinald Büchner-Jahrens
2	Ratzeburg - Lauenburgische Seen	Kornelia Mrowitzky
3	Geesthacht I	Petra Bolte
4	Geesthacht II	Ali Demirhan
5	Geesthacht III	Sina Demirhan
6	Geesthacht IV	Annedore Granz
7	Mölln I	Konstantin von Notz
8	Mölln II	Regina Hälsig
9	Breitenfelde/Büchen	Burkhard Peters
10	Lauenburg	Jan Koriath
11	Lauenburg/Lütau/Büchen	Oliver Brandt
12	Schwarzenbek I	Dieter Nehlsen
13	Schwarzenbek II	Thomas Probst
14	Lauenburgische Seen	Bettina Best
15	Berkenthin	Friederike Betge
16	Sandesneben-Nusse I	Holger Bartsch
17	Sandesneben-Nusse II	Ute Berns
18	Büchen	Arne Kalski
19	Schwarzenbek-Land	Claus Faesing
20	Hohe Elbgeest I	Klaus Tormählen
21	Hohe Elbgeest II	Uta Röpcke
22	Wentorf bei Hamburg	Dirk Petersen
23	Wentorf bei Hamburg/Wohltorf	Torsten Dreyer



## Kontakt und V.i.S.d.P.

Uta Röpcke und Holger Bartsch  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Herzogtum Lauenburg



Marktstraße 8  
23879 Mölln  
Tel.: 040 329 616 20  
E-Mail: [info@gruene-kv-lauenburg.de](mailto:info@gruene-kv-lauenburg.de)  
[www.gruene-kv-lauenburg.de](http://www.gruene-kv-lauenburg.de)



# HIER GEHT NOCH WAS.

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

